

Dennis J.D. Sandole

Die Außenpolitik der USA nach George W. Bush: Konsequenzen für Europa und die OSZE

Einführung

Die Amerikaner haben einen neuen Präsidenten: Barack Obama. Nun warten sie gespannt darauf, was dessen Mantra „Wandel, an den wir glauben können“ für sie bedeuten wird. Es war keine „gewöhnliche“ US-Präsidentenschaftswahl; man hatte vielmehr den Eindruck, dass Obama von einer *globalen* und nicht nur von einer nationalen Wählerschaft gewählt wurde, was den Begriffen „Amerika, die ‚unverzichtbare‘ Nation“ und „Globalisierung“ eine neue Bedeutung zu verleihen schien.

Zur Zeit der Niederschrift des vorliegenden Beitrags war Obama seit etwa neun Monaten im Amt. Somit ist es also bereits möglich, ein erstes Urteil darüber abzugeben, ob die in Aussicht gestellten Auswirkungen seiner Präsidentschaft auch tatsächlich eingetreten sind – genauer: seine Wahlversprechen und sein Verhalten als Präsident miteinander zu vergleichen. Da die USA den Rest der Welt auf vielfältige Weise beeinflussen – man denke nur an die weltweite Emission von Treibhausgasen, die Wirtschaftstätigkeit, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Konflikte und die Ausbreitung seiner Kultur im Allgemeinen –, kann das eine sinnvolle Aufgabe nicht nur für Amerikaner sein, um den Auswirkungen der Präsidentschaft Obamas gleich an mehreren Fronten nachzuspüren und dabei zu untersuchen, wo eine größere Übereinstimmung zwischen Rhetorik und Realität angestrebt werden kann.

Die Welt vor Obama

Barack Obamas Wahl zum 44. Präsidenten der USA war in der Tat revolutionär. Obama ist nicht nur Afroamerikaner, sondern der *erste* Afroamerikaner, der in dieses Amt gewählt wurde – ein Umstand, der weltweit Auswirkungen haben wird. Vor dem Hintergrund der von Gewalt geprägten Rassenbeziehungen, die die amerikanische Geschichte bis zum heutigen Tag durchziehen,¹ und angesichts der sowohl vor als auch nach der Wahl festzustellenden extrem rassistischen Reaktionen vieler Amerikaner auf Obama ist seine Wahl an sich schon bemerkenswert.

1 Vgl. Gunnar Myrdal, *An American Dilemma: The Negro Problem and Modern Democracy*, Band I und II, New York 1962.

Bush kommt vom Mars, Obama von der Venus

Obamas Wahl bedeutet auch eine Revolution in der US-Außenpolitik. Robert Kagan legte kurz vor der US-geführten Invasion des Irak Ende März 2003 eine überzeugende Bilanz der paradigmatischen Unterschiede in der Außenpolitik der beiden wichtigsten Garanten des globalen Friedens und weltweiter Stabilität, Europas und der Vereinigten Staaten, vor.² Als „vom Mars“ kommende Anhänger einer Hobbes'schen Weltsicht waren die USA unter George W. Bush schnell bereit, ihre Ziele mit Gewalt durchzusetzen – im Gegensatz zu den Europäern, die als „von der Venus“ kommende Kantianer eher versuchten und versuchen, komplexe globale Probleme auf diplomatischem Wege zu lösen. Einfach ausgedrückt: *Die Europäer waren bei Weitem „OSZE-freundlicher“ als die Amerikaner in der Ära Bush.*

Für Kagan hatte dieser krasse Gegensatz nichts mit dem nationalen Charakter zu tun, sondern war auf Amerikas herausgehobene Rolle als die weltweit einzige Supermacht zurückzuführen. Aufgrund ihrer Machtstellung können die USA im Grunde genommen tun, was sie wollen – und mit der Invasion und dauerhaften Besetzung des Irak haben sie das offensichtlich auch getan.

Angesichts der überwältigenden amerikanischen Militärmacht zeichnete sich die Präsidentschaft von George W. Bush daher nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 durch einen aggressiven Unilateralismus aus, der in den „selbst gewählten Krieg“ im Irak mündete, von dem lediglich Halliburton, Blackwater, die Ölgesellschaften und natürlich der Iran profitierten. Im Irakkrieg, der mit zweifelhaften Begründungen begonnen wurde, starben 4.000 Amerikaner, 30.000 weitere wurden verwundet und zu Hause oftmals nur unzureichend medizinisch versorgt. Darüber hinaus wurden in dem Krieg Zehntausende von Irakern getötet, verwundet oder vertrieben. Nach Angaben der CIA und anderer Nachrichtendienste ist der Krieg zu einer PR-Aktion für Al-Qaida und zu einem Magneten für zahlreiche Muslime weltweit geworden, der sie radikalisiert und in den Dschihad gegen die „Kreuzfahrer“ treibt. Dabei können sie sich „im Kampf“ bewähren und lernen Amerikaner und Europäer zu töten, bevor sie in ihre Heimatländer zurückkehren, um dort ihren „heiligen Krieg“ fortzusetzen, sei es in Peshawar, Mumbai, Kairo, Gaza, Mindanao, Pattani, Bali, London, Madrid, Amsterdam, Brüssel, Brooklyn oder Jersey City. Abu Ghraib, Guantánamo, die „außerordentliche Überstellung von Terrorverdächtigen“, die Verletzung der Bürgerrechte von Amerikanern und Bürgern anderer Staaten, Inkompetenz und völliges Versagen an zahlreichen inneren (z.B. Hurrikan Katrina) und internationalen Fronten (z.B. der Krieg in Afghanistan) waren weitere Merkmale der Regierung Bush. Die politische und ökonomische Philosophie Bushs nach Art des „Hobbes'schen

2 Vgl. Robert Kagan, *Of Paradise and Power: America and Europe in the New World Order*, New York 2003.

Naturzustands“ war zudem mit der gegenwärtigen globalen Finanzkrise – der schwerwiegendsten seit dem *Crash* von 1929 – beunruhigend kompatibel.³ Vor diesem schwierigen Hintergrund wählten die Amerikaner Senator Barack Obama zum ersten Präsidenten nach Bush – einen Schwarzen, dessen zweiter Vorname Hussein ist. Seine Mutter war eine weiße Christin aus Kansas, sein muslimischer Vater stammte aus Kenia. Als Kind lebte er in Indonesien und auf Hawaii. Aus diesen und anderen Gründen, darunter seine Arbeit als *Community Organizer* in Chicago,⁴ gibt Obama Millionen Menschen in den USA wie auf der ganzen Welt Hoffnung – Hoffnung darauf, Menschen unterschiedlichster Herkunft zusammenzubringen und dazu zu bewegen, für einen konstruktiven Wandel hin zu einer offenen und verantwortlichen Regierung, verstärkten Menschen- und Bürgerrechten, zur Rückkehr Amerikas zu seiner historischen, geschätzten und gehegten Rolle als Gründungsarchitekt der liberalen Demokratie sowie für die Erneuerung der Mission Amerikas zu arbeiten, eine Führungsrolle zu übernehmen, wenn es darum geht, andere dazu zu bewegen, zur Lösung komplexer globaler Probleme beizutragen. Aufgrund dieses Versprechens wurde Obama 2009 der Friedensnobelpreis verliehen.

Obamas Versprechen

Präsident Obamas Versprechen „Amerika und die Welt zu verändern“ geht auf seinen multiethnischen, multikulturellen und multireligiösen Hintergrund zurück, seinen Aufstieg aus einer wirtschaftlich angespannten (aber liebevollen) Kindheit in die Höhen der Harvard Law School und zum Herausgeber des *Harvard Law Review*, seine Erfahrungen als *Community Organizer* in der South Side von Chicago, wo er einigen von Amerikas „Verdammten dieser Erde“⁵ beim Überleben half. Draus resultiert auch seine erstaunliche Fähigkeit, die Welt aus unterschiedlichen Blickwinkeln, einschließlich der von Samuel Huntington in seinem „*Clash of Civilizations*“⁶ aufgeführten, zu betrachten.

Seine Empathiefähigkeit, die Fähigkeit, die Welt mit den Augen anderer zu betrachten, einschließlich derer, mit denen Bush sich im Krieg wähnte, versetzt Obama in die Lage, als „globaler *Community Organizer*“ Menschen mit

3 Vgl. Dennis Sandole, The Western-Islamic „Clash of Civilizations“: The Inadvertent Contribution of the Bush Presidency, in: *Peace and Conflict Studies* 2/2005, S. 54-68; ders., The „Fog of War“ on Terrorism: US Policy, Deception, and the Continuing Slide into the „Clash of Civilizations“, in: *ILSA Journal of International and Comparative Law* 1/2006, S. 149-170.

4 Vgl. Barack Obama, *Dreams from My Father: A Story of Race and Inheritance*, New York 2004 (1. Auflage 1995).

5 Frantz Fanon, *Die Verdammten dieser Erde*, Frankfurt am Main 1981 (Original: *Les damnés de la terre*, Paris 1961).

6 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Clash of Civilizations?*, in: *Foreign Affairs* 3/1993, S. 22-49; ders., *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996 (Deutsch: Samuel P. Huntington, *Der Kampf der Kulturen*, München/Wien 1996).

den unterschiedlichsten Sichtweisen zusammenzubringen und im *Dialog* Konsens darüber zu erzielen, wie Probleme gelöst werden können und sollten.

Obamas globale Problemlösungsagenda

In dieser Hinsicht stimmt Präsident Obama u.a. mit dem Projekt *Managing Global Insecurity* (MGI) der Brookings Institution überein.⁷ Das MGI-Projekt unterstreicht, dass „globale Probleme globale Lösungen erfordern“. Zu dieser radikalen Abkehr von der Politik George W. Bushs gehört auch die Überzeugung, dass „nationale Interessen zu globalen Interessen geworden sind“. Umgekehrt sind „globale Interessen nationale Interessen“ oder wie Obama es ausdrückte: „Wir sitzen *alle* im selben Boot.“ Das wiederum bedeutet, dass alle Stimmen berücksichtigt werden müssen, insbesondere die Stimmen derjenigen, die bislang nicht gehört wurden, die häufig marginalisiert, missachtet, unterdrückt oder gar getötet werden – wesentliche Elemente für die Entstehung von Terrorismus. Die Bemühungen der G20, der jüngsten Erweiterung der G7/8, die nun auch die BRIC-Staaten (Brasilien, Russland, Indien und China) und einige andere Länder umfasst und einen Anteil von 85 Prozent an der weltweiten Wirtschaftstätigkeit hat, globale Anstrengungen zur Bewältigung der gegenwärtigen Finanzkrise zu mobilisieren, spiegeln die Anerkennung dieses „neuen Realismus“ wider.

Dies alles erfordert *Global Governance*. Vertreter von Staaten, internationalen Regierungsorganisationen, nichtstaatlichen Organisationen, indigenen Völkern, Religionen, der Geschäftswelt und der Medien treffen zusammen und hören sich beim Austausch ihrer Ideen zur Lösung komplexer globaler Probleme (z.B. der bitteren Armut der „untersten Milliarde“⁸) *respektvoll* zu. Ebenso notwendig ist es, überkommene Denkweisen zu überwinden und einen „Paradigmenwechsel“ zu vollziehen bzw. die Fähigkeit zu entwickeln, „über den Tellerrand hinauszusehen“.⁹ Eine der charakteristischen Eigenschaften Präsident Obamas ist die Fähigkeit, Menschen zu motivieren, den manchmal dornigen Weg von der Nullsummen-Realpolitik und den mit ihr einhergehenden Sicherheitsdilemmata¹⁰ zu einer stärker an globalen Problem-

7 Vgl. *Managing Global Security/MGI, A Plan for Action. A New Era of International Cooperation for a Changed World: 2009, 2010, and Beyond*, September 2008, unter: http://www.brookings.edu/~media/Files/rc/reports/2008/11_action_plan_mgi/11_action_plan_mgi.pdf; The Brookings Institution, *A Plan for Action: Renewed American Leadership and International Cooperation for the 21st Century*, Washington, D.C., 20. November 2008, unter: http://www.brookings.edu/events/2008/~media/Files/events/2008/1120_mgi/20081120_mgi.pdf.

8 Paul Collier, *Die unterste Milliarde: Warum die ärmsten Länder scheitern und was man dagegen tun kann*, Bonn 2008 (Original: *The Bottom Billion: Why the Poorest Countries are Failing and What Can Be Done About It*, Oxford 2007).

9 Thomas S. Kuhn, *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago 1972.

10 Vgl. John H. Herz, *Idealist Internationalism and the Security Dilemma*, in: *World Politics 2/1950*, S. 157-180.

lösungen orientierten *Win-win*-Perspektive und einem entsprechenden Aktionsplan zu beschreiten.

Obama ist auch davon überzeugt, dass die Welt nach wie vor der Führung Amerikas bedarf, jedoch nicht als Hegemon, das „neue Rom“, als das George W. Bushs neokonservatives, unilateralistisches Amerika auftrat, sondern als „Vorbild“ und als Ressourcenquelle für die gemeinsamen Anstrengungen zur Lösung drängender globaler Probleme (z.B. durch die Bereitstellung von Lufttransportkapazitäten für eine Friedensoperation der EU in Afrika).

Obamas außenpolitische Ziele

Im Juli 2008 hielt der damalige Präsidentschaftskandidat Obama seine erste außenpolitische Rede im Ronald-Reagan-Gebäude in Washington, D.C., in der er fünf Themen nannte, auf die er sich als Präsident der Vereinigten Staaten vorrangig konzentrieren würde:

1. die verantwortungsvolle Beendigung des Krieges im Irak,
2. das wirksamere Vorgehen gegen Al-Qaida und die Taliban in Afghanistan und Pakistan,
3. Maßnahmen, mit denen verhindert werden soll, dass Massenvernichtungswaffen in die Hände von Terroristen fallen,
4. die Reduzierung der Abhängigkeit Amerikas von ausländischem Öl (z.B. aus dem Nahen Osten) und damit die Bekämpfung der globalen Erwärmung,
5. regionale und globale Partnerschaften zur Lösung anderer drängender Probleme (z.B. des israelisch-palästinensischen Konflikts).¹¹

Jedes dieser Ziele wirkt sich auf die Sicherheit anderer Regionen der Welt aus. In Asien beispielsweise, wo die aufstrebenden BRIC-Mächte Indien und China liegen,¹² würde mit der Beendigung des Krieges im Irak auch der Reiz, den dieser Schauplatz weltweit auf Dschihadisten als Basis für die weitere Rekrutierung und Ausbildung, das Sammeln von Erfahrung und die Ausweitung des „Kampfs der Kulturen“ ausübt, verschwinden. Durch ein wirksames Vorgehen gegen Al-Qaida und die Taliban in Afghanistan und Pakistan könnte Präsident Obama weitere Quellen der Inspiration, Rekrutierung und Ausbildung von Dschihadisten, einschließlich derjenigen, die aus asiatischen Ländern stammen und dorthin zurückkehren, verschließen.

Indem Obama verhindert, dass Massenvernichtungswaffen mit Hilfe von Untergrundnetzwerken wie etwa dem des „Vaters der islamischen Bombe“,

11 Vgl. Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, in: New York Times, 15. Juli 2008, unter: http://www.nytimes.com/2008/07/15/us/politics/15text-obama.html?_r=1.

12 Vgl. Kishore Mahbubani, *The New Asian Hemisphere: The Irresistible Shift of Global Power to the East*, New York 2008; Fareed Zakaria, *The Post-American World*, New York 2008.

des Pakistani Abdul Qadir Khan, in die Hände von Terroristen fallen, würde er die Wahrscheinlichkeit verringern, dass beispielsweise eine Atombombe gegen eine amerikanische Stadt eingesetzt wird – was ein saudi-arabischer wahhabitischer Geistlicher Osama bin Laden ausdrücklich erlaubt hat – oder gegen irgendeine andere Stadt wie London, Madrid, Paris, Manila, Bangkok, Kuala Lumpur oder Singapur.¹³

Amerikas Abhängigkeit von Öl aus dem Nahen Osten (insbesondere aus Saudi Arabien) zu reduzieren, würde die indirekte Unterstützung für saudische Dschihadisten wie z.B. Osama bin Laden oder die 15 Saudis unter den 19 jungen Männern, die die Anschläge vom 11. September 2001 verübt haben, verringern; dasselbe gilt für die Unterstützung von Operationen in Asien (z.B. Mumbai) und anderen Regionen. Wenn es darüber hinaus gelänge, den israelisch-palästinensischen Konflikt – *den Hauptantrieb für den globalen Terrorismus* – tatsächlich (und endgültig!) beizulegen, sollte daraus ein Rückgang der Intensität und Häufigkeit terroristischer Anschläge weltweit resultieren.

In seinem Artikel „*Renewing American Leadership*“ in der Ausgabe Juli/August 2007 von *Foreign Affairs*, schrieb der damalige Präsidentschaftskandidat Obama:

„Wir müssen die NATO stärken und gleichzeitig neue Bündnisse und Partnerschaften in anderen wichtigen Regionen eingehen. Da China aufstrebte und Japan und Südkorea sich behaupten, werde ich mich dafür einsetzen, in *Asien einen wirksameren Rahmen* zu schaffen, der über bilaterale Abkommen, gelegentliche Gipfeltreffen und Ad-hoc-Übereinkünfte wie die Sechs-Parteien-Gespräche über Nordkorea hinausgeht. Wir brauchen eine *Infrastruktur, die alle ostasiatischen Länder umfasst* und in der Lage ist, Stabilität und Wohlstand zu fördern und sich den transnationalen Bedrohungen zu stellen – von Terrorzellen auf den Philippinen bis hin zur Vogelgrippe in Indonesien. Ich werde China dazu ermutigen, als aufstrebende Macht eine verantwortungsvolle Rolle zu übernehmen und bei der Lösung der *gemeinsamen Probleme des 21. Jahrhunderts* Führungsstärke zu zeigen. Auf einigen Gebieten werden wir mit China konkurrieren, auf anderen zusammenarbeiten. *Unsere wesentliche Herausforderung besteht darin, Beziehungen aufzubauen, in deren Rahmen wir vermehrt kooperieren können, und gleichzeitig unsere Konkurrenzfähigkeit zu stärken.*“¹⁴

13 Vgl. Douglas Frantz/Catherine Collins, *The Nuclear Jihadist: The True Story of the Man Who Sold the World's Most Dangerous Secrets and How We Could Have Stopped Him*, New York 2007, S. xi-xii, 263-265; Dafna Linzer, *The World After 9/11. The Nuclear Threat: Nuclear Capabilities May Elude Terrorists, Experts Say*, in: *Washington Post* vom 29. Dezember 2004, S. A1 und A6.

14 Barack Obama, *Renewing American Leadership*, in: *Foreign Affairs* 4/2007, S. 2-16, hier: S. 12 (Hervorhebungen vom Verfasser; alle Zitate aus fremdsprachigen Quellen sind eigene Übersetzungen).

2008, genau ein Jahr später, als Obama seine fünf außenpolitischen Ziele benannte, sagte er:

„Es ist an der Zeit *unsere Partnerschaft* mit Japan, Südkorea, Australien und der größten Demokratie der Welt, Indien, zu vertiefen, um ein stabiles und prosperierendes Asien zu schaffen. Es ist an der Zeit, China in *Fragen von gemeinsamem Interesse wie das Problem des Klimawandels* stärker einzubeziehen, auch wenn wir es gleichzeitig weiter dazu ermutigen, seinen Kurs auf eine offenere und stärker marktorientierte Gesellschaft fortzusetzen.“¹⁵

Präsident Obama – der von seinem Hintergrund, seiner Weltsicht und seinem Temperament her als der „erste asiatische Präsident“ Amerikas gelten könnte – hat offensichtlich vor, gemeinsam mit den Ländern Ostasiens eine neue Infrastruktur zur Bewältigung der Probleme in der Region zu schaffen. Eine solche Infrastruktur könnte auf bestehenden Institutionen und Mechanismen wie dem Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN), ASEAN+3 (China, Japan und Südkorea), dem ASEAN-Regionalforum (ARF) oder den Sechsparteien-Gesprächen über Nordkorea aufbauen.¹⁶

Obama wird also auf jeden Fall Stimmen aus der Region berücksichtigen. Dazu gehört die von Kishore Mahbubani, ehemaliger Botschafter Singapurs bei den Vereinten Nationen und Dekan der Lee Kuan Yew School of Public Policy an der Nationaluniversität Singapur. Botschafter Mahbubani gehört auch der internationalen Beratergruppe des MGI-Projekts der Brookings Institution an. Auf Obamas Wahlsieg reagierte er u.a. mit folgender Äußerung:

„Im kommenden asiatischen Jahrhundert, wird Amerika dem Pazifik *Vorrang vor* dem Atlantik einräumen müssen. Die G8, die NATO und die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gehören der Vergangenheit an. *Die Zukunft liegt in Asien*. Wird Obama mehr über den Pazifik *oder* den Atlantik reisen?“¹⁷

Nach allem, was wir über Obama wissen, ist die schlichte Antwort, dass seine Politik sowohl Asien als auch – mit Fareed Zakarias Worten – „den Rest“ umspannen wird.¹⁸ Das schließt natürlich auch Europa ein, den Raum, in dem die Europäische Union, der Europarat und die NATO sowie die OSZE aktiv sind. Jede einzelne dieser Organisationen ist ein mögliches Modell, das bei der Entwicklung einer Infrastruktur zur Lösung komplexer

15 Obama's Remarks on Iraq and Afghanistan, a.a.O. (Anm. 11; Hervorhebungen vom Verfasser).

16 Die zuletzt genannte Variante bevorzugt der australische Premierminister Kevin Rudd, vgl. Australia Calls for North East Security Structure, Australian Broadcasting Corporation (ABC) Online, 1. April 2008, unter: <http://www.abc.net.au/ra/programguide/stories/200804/s2205306.htm>.

17 Kishore Mahbubani, a.a.O. (Anm. 12; Hervorhebungen vom Verfasser).

18 Fareed Zakaria, a.a.O. (Anm. 12).

Probleme in Asien Pate stehen könnte. Die OSZE wird von ihren Kooperationspartnern Japan und Südkorea bereits unter diesem Blickwinkel betrachtet.¹⁹

Die Europäische Union als Modell für Global Governance

Wie im MGI-Projekt der Brookings Institution angedeutet könnte die Europäische Union als ein Modell für *Global Governance* dienen, das genutzt werden kann, um bestehende Institutionen und Mechanismen nicht nur in Asien zu verbessern. Die seit 30 Jahren bestehenden formellen Beziehungen zwischen der EU und ASEAN erhöhen die Wahrscheinlichkeit eher noch. So sagte der Präsident von Brookings, Strobe Talbott, beispielsweise auf einer Konferenz, auf der der MGI-Aktionsplan vorgestellt wurde:

„Die Europäische Union ist heute weltweit das beeindruckendste, gelungenste und vielversprechendste Experiment transnationaler Governance, was sich für die etwa eine halbe Milliarde Bürger Europas als ungemein gut erwiesen hat. Sie hat ein riesiges Stück Land, das im Laufe seiner Geschichte mit so viel Blut getränkt war wie kein anderes auf unserem Planeten, eine Region, in der es vom 17. Jahrhundert bis zum E-Day in jeder Generation einen größeren Krieg gab, in eine Zone des Friedens verwandelt. Keine schlechte Leistung.“²⁰

Javier Solana kommentierte Talbotts Rede folgendermaßen:

„Ich glaube, die Europäische Union ist gegenwärtig das beste Beispiel dafür, wie [wir den] Widerspruch [zwischen dem Globalen und dem Lokalen] auflösen können. [...] Deshalb ist [die EU] ein Modell, das gut für uns ist und ich glaube, dass es auch für andere gut sein wird, und deshalb beginnen auch andere Teile der Welt die EU als Modell zu [verstehen] [z.B. ASEAN].“²¹

Die EU in einem solch positiven Licht darzustellen, ist zu einem Zeitpunkt, da sie ebenso wie Staaten und andere Akteure durch die schlimmste Wirtschafts- und Finanzkrise seit der großen Depression unter Druck geraten ist,

19 Vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe/Institute of Foreign Affairs and National Security/Ministry of Foreign Affairs and Trade of the Republic of Korea, OSCE-IFANS/MOFAT Workshop, Applicability of OSCE CSBMs in Northeast Asia Revisited, Seoul, 22.-23. September 2003, Consolidated Summary, PC.DEL/1321/03, 6. November 2003; OSCE, Office of the Secretary General, Section for External Co-operation, 2005 OSCE-Korea Conference on new security threats and a new security paradigm, Seoul, 25 and 26 April 2005, Consolidated Summary, SEC.GAL/106/05, 13. Mai 2005, unter: http://www.osce.org/documents/ec/2005/04/14267_en.pdf.

20 The Brookings Institution, A Plan for Action, a.a.O. (Anm. 7), S. 63.

21 Ebenda, S. 68.

im besten Fall idealistisch und im schlimmsten Fall unredlich, vor allem seit die EU sich – wie andere auch – mehr und mehr auf einen gefährlichen Protektionismus zu bewegt, bei dem alle nur verlieren können:

„José Manuel Barroso, der Präsident der Europäischen Kommission, sagt, dass das Wiederaufleben des ökonomischen Nationalismus kein ‚spezifisch europäisches‘ Problem sei. Damit hat er recht. Protektionismus ist überall auf dem Vormarsch – von Washington bis Delhi. Wenn allerdings nicht einmal Europa mit seiner umfassenden Erfahrung mit gemeinsamen Interessen dem Druck widerstehen kann, wie kann es dann von anderen erwarten, dass sie die Märkte offen halten?“²²

Der Druck, dem die EU ausgesetzt ist, ist sicherlich real:

„Jetzt, da sich die Rezession verschärft, besteht die Gefahr, dass sich Unruhen in der Bevölkerung verselbstständigen: dass eine defensive Reaktion hier die Glut des Nationalismus dort entfachen könnte, dass der gemeinsame Markt zerfällt. Die jüngeren Demokratien der Union in Ost- und Mitteleuropa sind in dieser Hinsicht besonders gefährdet.“²³

Deutschlands ehemaliger Außenminister Joschka Fischer geht sogar noch weiter, wenn er behauptet, dass Europa nicht nur „am Beginn einer gewaltigen weltweiten Krise steht, die es extremem Druck und enormen Belastungen aussetzen wird“, sondern

„dass die Auswirkungen der Wirtschaftskrise [auch] die außerordentlichen Errungenschaften der EU-Erweiterung, die Ost- und Westeuropa vereint hat, untergraben, wenn nicht gar zerstören werden. [Die Krise] könnte sogar den gemeinsamen Markt gefährden.“²⁴

Trotz dieser kurz- bis mittelfristigen Risiken – die dem Unvermögen der Zweiten Sozialistischen Internationale, den Ersten Weltkrieg zu verhindern,²⁵ frappierend ähneln – ist die EU jedoch aufgrund ihrer beeindruckenden Stellung als weltweit einzige ernsthafte Kandidatin für Immanuel Kants Modell des „ewigen Friedens“²⁶ für die regionale Steuerung in anderen Regionen der

22 Philip Stephens, Wanted: Leaders to Confront the Demons of Europe's Past, in: Financial Times vom 20. Februar 2009, S. 9.

23 Ebenda.

24 Joschka Fischer, zitiert nach: Quentin Peel, EU champion takes fright in flight to protectionism, in: Financial Times vom 27. Februar 2009, S. 4.

25 Vgl. Kenneth N. Waltz, Man, the State, and War: A Theoretical Analysis, New York 1959, Kapitel 5.

26 Immanuel Kant, Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf, in: Kants Werke. Akademie-Textausgabe. Unveränderter photomechanischer Abdruck des Textes der von der Preußischen Akademie der Wissenschaften 1902 begonnenen Ausgabe von Kants gesammelten Schriften, Bd. 8: Abhandlungen nach 1781, Berlin 1968, S. 341-386.

Welt und letztlich auch für *Global Governance* nach wie vor ein brauchbares Modell. Diese Einzigartigkeit der EU erklärt ihre Beziehung zum MGI-Projekt, dessen Beratergruppe auch Javier Solana, der Hohe Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, angehört. Solana merkt dazu an:

„Das Ziel des MGI-Projects ist ebenso ehrgeizig wie drängend: 2009 neue Reformbemühungen für das globale Sicherheitssystem in die Wege zu leiten [...] denn das globale System befindet sich in ernsthaften Schwierigkeiten. *Es ist schlicht und einfach nicht in der Lage, die aktuellen Herausforderungen zu meistern.* Sie alle kennen die Liste: Terrorismus, nukleare Proliferation, Klimawandel, Pandemien, zerfallende Staaten [...] *Keine davon kann eine Regierung allein bewältigen.*“²⁷

Dieser Meinung ist auch US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton, offizielle außenpolitische Stimme von Präsident Barack Obamas Linie der globalen Problemlösung. Auf ihrer ersten Auslandsreise als Außenministerin, die sie – eingedenk der jüngsten Verschiebung wirtschaftlicher Macht von West nach Ost – nach Asien führte, erklärte Ministerin Clinton, Zweck ihrer Reise sei es, „Netzwerke von Partnern zu schaffen, um Probleme zu bewältigen, die keine Nation, nicht einmal unsere, allein bewältigen kann“.²⁸

John McClintock von der Europäischen Kommission führt das globale Problemlösungsdefizit und -unvermögen darauf zurück, dass es keine adäquate, auf „*geteilter Souveränität*“, wie sie die Europäische Union beispielhaft vorlebt, beruhende *Global Governance* gibt.²⁹ Interessanterweise spricht das MGI-Projekt von „*verantwortungsvoller Souveränität*“, die im Laufe der Zeit in gemeinsame Verantwortung mündet:

„Die Beratungen des MGI-Projekts haben die Auffassung sowohl beeinflusst als auch bestätigt, dass eine neue Ära internationaler Zusammenarbeit auf dem Prinzip der *verantwortungsvollen Souveränität* aufbauen muss: der Vorstellung, dass Staaten für die externen Auswirkungen ihrer innerstaatlichen Handlungen Verantwortung übernehmen müssen und dass Souveränität Verpflichtungen sowohl gegenüber anderen souveränen Staaten als auch gegenüber den eigenen Bürgern mit sich bringt. Um ihre nationale Sicherheit, ja selbst ihre Souveränität zu gewährleisten, müssen Staaten Regeln und Normen für ein Handeln vereinbaren, das über nationale Grenzen hinaus Wirkungen entfaltet. Ver-

27 MGI, A Plan for Action, a.a.O. (Anm. 7), S. 7 (Hervorhebungen vom Verfasser).

28 US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton, zitiert nach: Glenn Kessler/Blaine Harden, Clinton, in Asia, Seeks to Build „Networks of Partners“, in: Washington Post vom 17. Februar 2009, S. A8.

29 Vgl. John McClintock, The Uniting of Nations: An Essay on Global Governance, Brüssel 2008; Mark Corner, Towards a Global Sharing of Sovereignty, European Essay Nr. 44, London 2008.

antwortungsvolle Souveränität beinhaltet auch ein aktives Interesse der mächtigen Staaten daran, schwächere Staaten zu befähigen, ihre Souveränität verantwortungsvoll auszuüben – die *Verantwortung zum Aufbau*.³⁰

Zu den derzeitigen Kandidaten für eine *Global Governance* gehören – neben radikal reformierten Vereinten Nationen – der „Bund der Demokratien“ („*League of Democracies*“),³¹ das „Konzert der Demokratien“ („*Concert of Democracies*“),³² die „Union der Unionen“ („*Union of Unions*“)³³ und die „Weltweite Union der Demokratien“ („*Global Union of Democracies*“).³⁴ In seinen Beratungen mit betroffenen und wichtigen Persönlichkeiten aus Afrika, Asien, Europa, Lateinamerika oder dem Nahen Osten fand das MGI-Projekt weder für den von Senator John McCain in seinem Präsidentschaftswahlkampf 2008 propagierten Bund der Demokratien noch für ein Konzert der Demokratien viele Befürworter. Neben weiteren Problemen würde ein solcher Bund oder ein Konzert vor allem

„China vor den Kopf stoßen, dessen Kooperation für Fortschritte in anderen Bereichen von gemeinsamem Interesse wie Klimawandel, Terrorismus und nukleare Nichtverbreitung unverzichtbar ist. Anstatt auf internationale Konvergenz zu setzen, warnten chinesische Gesprächspartner des MGI, ein solches Konzept könnte die Grundlage für einen zweiten Kalten Krieg sein. Politische Entscheidungsträger aus Indien vertragen die Ansicht, dass ein solcher Zusammenschluss die internationale Unsicherheit eher erhöhen als reduzieren würde, da er Länder nicht zusammenbringe, sondern spalte. Regierungsvertreter aus anderen wichtigen [mit den USA] verbündeten Ländern unterstrichen in vertraulichen Gesprächen, dass eine solche Institution kontraproduktiv wäre, vor allem, weil sie China isolieren würde.“³⁵

30 MGI, A Plan for Action, a.a.O. (Anm. 7), S. 11 (Hervorhebungen im Original).

31 Vgl. Robert Kagan, Die Demokratie und ihre Feinde, München 2008 (Original: *The Return of History and the End of Dreams*, New York 2008).

32 Vgl. Anne-Marie Slaughter/John Ikenberry, Democracies Must Work in Concert, in: *Financial Times* vom 10. Juli 2008, unter: <http://www.ft.com/cms/s/0/fd9e2fdc-4e7f-11dd-ba7c-000077b07658.html>.

33 Vgl. Mark Leonard, *Why Europe Will Run the 21st Century*, New York 2005.

34 Vgl. John McClintock, a.a.O. (Anm. 29); Mark Corner, a.a.O. (Anm. 29).

35 MGI, A Plan for Action, a.a.O. (Anm. 7), S. 22. Die Isolation Chinas ist im Rahmen des Konzerts weniger wahrscheinlich als im Falle des Bundes. Nach Ansicht der „Architekten“ des Konzerts Anne-Marie Slaughter und John Ikenberry würde „ein Konzert von Demokratien, dem sowohl Demokratien aus dem Süden als auch aus dem Norden angehörten, China auf jeden Fall in eine erweiterte G8 einbeziehen. Gerade das macht den Unterschied zwischen unserem Konzert und Senator McCains Vorschlag eines Bundes der Demokratien bei gleichzeitigem Ausschluss Russlands aus den G8 deutlich. Demokratien begreifen, dass sie effektive globale Institutionen benötigen, die *alle* wichtigen Mächte umfassen.“ Anne-Marie Slaughter/John Ikenberry, a.a.O. (Anm. 32). Obwohl Kagan, a.a.O. (Anm. 31), sowohl auf das „Konzert“ als auch auf den „Bund“ Bezug nimmt und seine Wortwahl in vieler Hinsicht der von Slaughter und Ikenberry ähnelt, steht er zweifellos der Vorstellung Senator John McCains von einem Bund, der auf ein „Machtgleichge-

Tatsächlich hatte Obama als Senator bereits früher betont, dass eines seiner wichtigsten außenpolitischen Ziele der Aufbau einer konstruktiven Partnerschaft mit China wäre, um globale Probleme wie den Klimawandel oder die jüngste Wirtschaftsrezession zu bewältigen. Dieser „strategische Dialog“ stand zur weiteren Vertiefung durch Präsident Obama und Chinas Präsidenten Hu Jintao auf dem G20-Gipfel im April 2009 in London auf der Agenda, nachdem er beim China-Besuch von Außenministerin Clinton Ende Februar 2009 ins Leben gerufen worden war. Clinton hatte in diesem Zusammenhang erklärt: „Menschenrechtsfragen dürfen die Bemühungen, China zu verstärkter Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Umwelt sowie hinsichtlich der verfahrenen Situation des nordkoreanischen Atomprogramms zu bewegen, nicht beeinträchtigen“.³⁶ Menschenrechtsaktivisten reagierten empört darauf, dass sie China nicht mehr zu einer erheblichen Verbesserung der Einhaltung internationaler Menschenrechtsstandards anhielt, wie sie es als *First Lady* während der Präsidentschaft ihres Mannes Bill Clinton noch getan hatte.

Seitdem China die USA vor Kurzem „als weltweit größter Produzent schädlicher Treibhausgase“³⁷ überholt hat, hat Außenministerin Clinton nicht nur die außenpolitischen Positionen, die Präsident Obama vor seiner Amtseinführung geäußert hatte, sondern auch seinen Pragmatismus übernommen. Die Tatsache, dass Politiker auf der ganzen Welt das Problem der globalen Erwärmung in weniger als zehn Jahren in den Griff bekommen müssen, wenn „das Aussterben der Menschheit“ nicht zu einer realistischen Folge werden soll, macht die Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit China auf diesem Gebiet gegenüber dessen Ausgrenzung aufgrund seiner schlechten Menschenrechtsbilanz und anderer Demokratiedefizite zu einem überzeugenden Argument. In der Zwischenzeit werden Menschenrechtsfragen keineswegs vergessen, sie werden lediglich in der Gesamtheit drängender globaler Probleme mit ihren sich verändernden Prioritäten entsprechend eingeordnet. Ministerin Clinton antwortete ihren Kritikern in punkto Menschenrechte im Rahmen einer Pressekonferenz mit dem chinesischen Außenminister Yang Jiechi: „Die Förderung der Menschenrechte ist ein wesentlicher Aspekt der Weltpolitik der USA.“³⁸ Nach der Beendigung der Asienreise von Außenministerin Clinton fasste Todd Stern, Präsident Obamas Sonderbeauftragter für den Klimawandel, die Veränderung im Verhältnis von Menschenrechten zu globaler Erwärmung zusammen:

„Unserer Meinung nach ist für die Abwendung der Bedrohung [des globalen Klimawandels] nichts wichtiger als eine Partnerschaft zwischen

wicht“ zwischen demokratischen und autokratischen Ländern abzielt und China und Russland auf absehbare Zeit der letzteren Kategorie zurechnet, wesentlich näher.

36 US-Außenministerin Hillary Rodham Clinton, zitiert nach Kessler/Harden, a.a.O. (Anm. 28).

37 Ebenda.

38 Ebenda.

den USA und China. Es gibt keine Möglichkeit, eine sichere und bewohnbare Welt zu erhalten, wenn China neben den USA dabei keine äußerst wichtige Rolle übernimmt. Dies ist keine Frage von Politik oder Moral oder richtig oder falsch. Es ist einfach die gnadenlose Mathematik zunehmender Emissionen.“³⁹

Wenn also weder ein „Bund“ noch ein „Konzert“ der Demokratien gangbare Wege zur *Global Governance* in der Welt nach dem 11. September 2001 sind, wie steht es dann mit den beiden anderen Optionen, Mark Leonards Konzept einer „Union der Unionen“ und John McClintocks „Weltweiter Union der Demokratien“? Die „Union der Unionen“ stellt eine *induktive* Herangehensweise an *Global Governance* dar: Danach würden sich andere regionale Akteure (z.B. ASEAN oder die Afrikanischen Union, AU) am EU-Modell der regionalen Integration auf der Grundlage geteilter Souveränität orientieren und sich am Ende dieses Prozesses mit der EU synergetisch zu einer „Union der Unionen“ verbinden. Im Gegensatz dazu verfolgt die „Weltweite Union der Demokratien“ einen deduktiven Ansatz: Ihr läge zwar ebenfalls die EU als Modell zugrunde, sie wäre jedoch von Beginn an global angelegt und würde sich aus der EU und anderen Akteuren, vornehmlich Staaten – und zunächst nicht einmal besonders mächtigen –, zusammensetzen. Wenn sich erst einmal erwiesen habe, dass die Weltweite Union erfolgreich globale Probleme wie Erderwärmung und Armut bekämpfen kann, würden weitere Staaten dem Beispiel folgen. Und wenn sich erst einmal mehr als zwei Länder einer Region angeschlossen hätten, könnten diese einen regionalen Akteur analog zur EU bilden. Die Weltweite Union könnte sich dann zu einem Gebilde ähnlich der „Union der Unionen“ entwickeln.⁴⁰

Ich persönlich gebe einer Kombination aus dem induktiven und dem deduktiven Weg, d.h. dem Vorantreiben einer „Weltweiten Union der Demokratien“ als Endziel, den Vorzug. Charles Sanders Peirce erinnert uns jedoch daran, dass wir dort beginnen müssen, „wo wir stehen“, und uns zunächst auf die regionale Integration als Basis einer *Global Governance* konzentrieren soll-

39 Ebenda.

40 Auf die Frage, ob eine „Weltweite Union der Demokratien“ China ebenfalls ausgrenzen würde, da alle Mitglieder ja Demokratien sein müssten, antwortete McClintock, China müsse (ebenso wie Russland) „weniger autoritär werden und dazu bereit sein, die Wünsche seiner Bürger in den Entscheidungen des Staates stärker zu berücksichtigen“; McClintock, a.a.O. (Anm. 29), S. 206. Trotz seiner fortbestehenden Defizite im Menschenrechtsbereich, die selbst während der Olympischen Spiele zu Tage traten, hat China große Fortschritte auf einem Gebiet gemacht, das letztendlich ebenfalls Baustein einer Demokratie ist: beim Wirtschaftswachstum. Diesbezüglich führen die Wissenschaftler Ronald Inglehart und Christian Welzel vom World Values Survey bzw. von der European Values Study aus: „Unterhalb Chinas scheinbar monolithischer politischer Struktur entwickelt sich eine soziale Infrastruktur der Demokratisierung, die schon weiter ist, als die meisten Beobachter erkennen können. China nähert sich heute bereits dem Niveau des massenhaften und nachdrücklichen Wunsches nach Selbstverwirklichung, auf dem Chile, Polen, Südkorea und Taiwan den Übergang zur Demokratie vollzogen haben.“ Ronald Inglehart/Christian Welzel, *How Development Leads to Democracy. What We Know About Modernization*, in: *Foreign Affairs*, März/April 2008, S. 33-48, hier: S. 48.

ten.⁴¹ Auf diese Weise können wir verantwortungsvolle Souveränität „kreativ“ in geteilte Souveränität überführen. Das MGI-Projekt der Brookings Institution scheint daher eine ausgezeichnete Plattform zur Forcierung der *Global-Governance*-Komponente der außenpolitischen Agenda Präsident Obamas zu sein.

Das Haar in der Suppe

Größter „Ausreißer“ in diesem ansonsten „konfliktlösungsfreundlichen“ Porträt Präsident Obamas ist seine Haltung gegenüber dem Krieg in Afghanistan. Die US-Truppen, die er aus dem Irak abzieht, will er nach Afghanistan schicken, wo sie den wieder erstarkten Aufstand der Taliban bekämpfen sollen. Außerdem setzte er bereits in der ersten Woche seiner Amtszeit die Angriffe auf vermutete Taliban-Stellungen in Pakistan mit *Predator*-Drohnen fort, die etliche Opfer forderten, darunter möglicherweise auch Kinder.⁴²

Der Einwand ist berechtigt; wenn wir jedoch Präsident Obamas Afghanistan-Politik in dem größeren Zusammenhang betrachten, in dem sie geäußert wurde, kann er möglicherweise ausgeräumt werden. Dieser größere Zusammenhang ist mit einem konzeptionellen Ansatz kompatibel, den ich die „*drei Ebenen der Konfliktrealität*“ nennen möchte: 1. der Konflikt als *Symptom*; 2. der Konflikt als Ausdruck der gestörten *Beziehungen*, die diese Symptome verursachen, und 3. der Konflikt als zugrunde liegende *tieferer Ursache* der gestörten Beziehungen, die die Symptome hervorrufen.⁴³

Obamas Rahmenkonstrukt für Afghanistan, das den „drei Säulen der amerikanischen Außenpolitik“ – *Verteidigung*, *Diplomatie* und *Entwicklung* – entspricht, enthält 1. mehr Truppen (*Verteidigung*) zur Bekämpfung des Konflikts als Symptom, 2. mehr *Diplomatie*, um den gestörten Beziehungen, die den Symptomen zugrunde liegen, zu Leibe zu rücken und 3. verstärkte *Entwicklung*, um die tieferen Ursachen und Bedingungen der gestörten Beziehungen zu bekämpfen.⁴⁴

Diese Umorientierung der US-Politik spiegelt das Empfinden von General David Petraeus wider, zu dessen Zuständigkeitsbereich als Kommandeur des CENTCOM Afghanistan und der Irak gehören und der die neuen Richtlinien für das US-Militär zur Aufstandsbekämpfung mit verfasst hat, laut derer man

41 Charles Sanders Peirce, zitiert nach: Abraham Kaplan, *The Conduct of Inquiry: Methodology for Behavioral Science*, San Francisco 1964, S. 86.

42 Vgl. Tim Reid, President Obama „orders Pakistan drone attacks“, in: TimesOnline vom 23. Januar 2009, unter: http://www.timesonline.co.uk/tol/news/world/us_and_americas/article5575883.ece.

43 Vgl. Dennis J.D. Sandole, *Peace and Security in the Postmodern World: The OSCE and Conflict Resolution*, New York 2007; ders., *Peacebuilding: Preventing Violent Conflict in a Complex World*, Cambridge, UK (i.E.).

44 Vgl. Hillary Rodham Clinton, Arrival at the Department of State: Remarks to Department Employees at Welcome Event, US Department of State: Diplomacy in Action, 22. Januar 2009, unter: <http://www.state.gov/secretary/rm/2009a/01/115262.htm>.

sich „den Weg aus einem komplexen, professionell geführten Aufstand nicht durch Töten oder Gefangennehmen erkämpfen kann“.⁴⁵

Das bedeutet, dass Obamas militärgestützte „Surge“ in Afghanistan (*Symptome*) in einen umfassenderen Rahmen eingebettet sein muss, der Diplomatie (*Beziehungen*) und Entwicklung (*tieferer Ursachen*) einschließt. Vom Ausgleich der Verschiebungen in den Aufwendungen und der Prioritätensetzung zwischen diesen drei miteinander zusammenhängenden Komponenten seiner Außenpolitik wird es abhängen, ob Obamas Versprechen, den Konflikt beizulegen, glaubwürdig bleibt oder unter erheblichen Druck gerät.

Schlussfolgerung

Harmonisieren die Obama-Präsidentschaft und die EU gut miteinander, dann gilt das in Erweiterung auch für die OSZE. Gemeinsam mit der EU und der NATO bildet die OSZE die europäische Sicherheitsarchitektur. Alle drei decken zusammen mit dem Europarat die in der Schlussakte von Helsinki⁴⁶ genannten drei „Körbe“ der europäischen Sicherheit ab, die später von der OSZE zu den drei miteinander verbundenen Elementen *umfassender Sicherheit* umgedeutet wurden:

- Korb 1: politische und militärische Dimension (NATO),
- Korb 2: Wirtschafts- und Umweltdimension (EU) und
- Korb 3: Menschenrechte und humanitäre Elemente (Europarat) der umfassenden Sicherheit⁴⁷

Obama ist wie für die OSZE geschaffen – aus dem einfachen aber zwingenden Grund, dass beide *gemeinsame Sicherheit* durch *soft power* erreichen wollen.⁴⁸ Deshalb wurde Obama 2009 der Friedensnobelpreis verliehen.⁴⁹ Dank des mächtigsten Mannes der Welt ist es wieder salonfähig, „die Faust zu öffnen“, die Hand auszustrecken und mit Gegnern wie mit Verbündeten über drängende globale Fragen zu sprechen. Dabei entsteht eine Kultur der Konfliktbeilegung und Problemlösung. Obwohl damit noch kein Durchbruch in den Beziehungen zum Iran, zu Nordkorea und im Verhältnis zwischen Israel und Palästina erreicht wurde, könnte diese neue Politik eine kleine Rolle

45 The General's Next War: The FP Interview with Gen. David H. Petraeus, in: Foreign Policy, Januar/Februar 2009, S. 48-50.

46 Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Helsinki, 1. August 1975, in: Ulrich Fastenrath (Hrsg.), KSZE/OSZE. Dokumente der Konferenz und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Köln 2008, Kap. A.1, online unter: http://www.osce.org/documents/mcs/1975/08/4044_de.pdf

47 Vgl. Sandole, *Peace and Security in the Postmodern World*, a.a.O. (Anm. 43), Kapitel 3.

48 Vgl. Joseph S. Nye, Jr., *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004.

49 Vgl. The Norwegian Nobel Committee, *The Nobel Peace Prize for 2009*, Oslo, 9. Oktober 2009, unter: http://nobelprize.org/nobel_prizes/peace/laureates/2009/press.html.

bei der „Fußball-Diplomatie“ gespielt haben, derer sich die OSZE-Teilnehmerstaaten Türkei und Armenien bedient haben, um zu ihrem jüngsten Beschluss – an dem Außenministerin Clinton nicht unbeteiligt war – zu gelangen, ihre Grenzen wieder zu öffnen und eine historische Kommission einzurichten, die endlich die Frage des Genozids von 1915 beilegen soll.⁵⁰ Diese historische Entwicklung könnte, selbst wenn sie noch große Hindernisse zu überwinden hat, auch zur Lösung eines der größeren „eingefrorenen Konflikte“ beitragen, in dem die Minsker Gruppe der OSZE (Frankreich, Russland und die USA) zu vermitteln versucht: des Konflikts zwischen den OSZE-Mitgliedern Armenien und Aserbaidschan um den Status der armenischen Enklave Berg-Karabach in Aserbaidschan.⁵¹

Angesichts der vielversprechenden außenpolitischen Ansätze Präsident Obamas, die durch den Friedensnobelpreis und den Durchbruch im seit beinahe 100 Jahren bestehenden türkisch-armenischen Konflikt gestützt werden, und angesichts der Auswirkungen, die diese Politik für die künftige Arbeit der OSZE hat, wäre es eine Tragödie epischen Ausmaßes, wenn Obama den „Kulturkriegen“, die derzeit in den Vereinigten Staaten z.B. über Fragen wie die Reform des Gesundheitswesens geführt werden, zum Opfer fiel.

Im Interesse der gemeinsamen Sicherheit sollten „vernünftige Menschen“ in Europa, Asien, Afrika, dem Nahen Osten, Süd- und Nordamerika und anderswo alles daransetzen, diesen verhängnisvollen Ausgang und Amerikas Rückkehr ins „finstere Mittelalter“ der vorherigen Regierung zu verhindern. Es gibt zahlreiche Möglichkeiten, solche globalen Koalitionen zu bilden: in der G20, der EU, der OSZE, der NATO, den VN, der WTO und in anderen Foren, einschließlich der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft, in denen eine Kultur der Konfliktbeilegung und Problemlösung eine notwendige Bedingung für die Lösung miteinander verwobener komplexer globaler Probleme wie z.B. der weltweite Klimawandel, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, die Ungerechtigkeit zwischen Nord und Süd, Armut, wirtschaftlicher Zusammenbruch, Terrorismus, H1N1 und andere Pandemien ist.

Obama und die amerikanischen Wähler haben uns auf die richtige Spur gesetzt, jetzt ist es an uns, den Zug nicht entgleisen zu lassen.

50 Vgl. Turkey, Armenia to Reopen Border, in: The Wall Street Journal vom 11. Oktober 2009, unter: <http://online.wsj.com/article/SB125518039736978131.html>.

51 Vgl. Organization for Security and Co-operation in Europe, Minsk Process: Basic Documents, Wien 2009, unter: <http://www.osce.org/item/21979.html>.